Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 338 — Jahrgang 211

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf 7801, 5608—5610.
Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 5. Juli

Anzeigenpreis: Hiesige je Zeile 35 Pfg., Gelegenheitsanzeigen 20 Pfg. + 10% Aufschlag. Auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. — Rabatt nach Tarif
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftzeitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Starke englische Angriffe an der Somme gescheitert

Abermalige Ablehnung des gleichen Wahlrechts — Vertagung im Kühlmann-Prozeß

Zum Ableben des türkischen Sultans

Die Thronfolgerfrage

Berlin, 4. Juli. Der „L.-A." schreibt: Die Nachricht von dem Ableben des Sultans erreichte die osmanische Botschaft in den ersten Morgenstunden des heutigen Tages. Der Botschaft war es bekannt, daß der Padischah seit einiger Zeit sich unpäßlich fühlte und daß bei seinem hohen Alter immerhin ernste Besorgnisse gerechtfertigt waren. Trotzdem hat die Nachricht von seinem Hinscheiden die hiesigen türkischen Kreise überrascht. Ueber die Nachfolgerschaft liegen den hiesigen offiziellen Stellen noch keine Meldungen vor. Es wird allgemein angenommen, daß Prinz Wahid-Eddin, der bei Lebzeiten des Sultans als Thronfolger galt, nunmehr auch den Thron besteigen wird. Es darf darauf hingewiesen werden, daß zwischen unserem Kaiser und dem Prinzen lebhafte persönliche Beziehungen seit dem Tage bestehen, an dem der Thronfolger auf seine Einladung vor mehreren Monaten nach Deutschland gekommen war und im kaiserlichen Hauptquartier längere Zeit geweilt hat.

Englische Herrschaft in Murman

Stockholm, 3. Juli. Aus Petersburg wird berichtet: Eine Versammlung von Vertretern der Verwaltungsräte von 37 Gemeinden Nordrußlands hat einen Aufruf an Alle erlassen, in dem der Distriktsausschuß von Murman des Doppelspiels beschuldigt wird. In dem Aufruf heißt es, daß der Vorsitzende dieses Ausschusses sich den Engländern verkauft habe. Sein Ziel sei eine Verbindung zwischen England und den Tschecho-Slowaken herzustellen, um die Revolution in Rußland zu ersticken. Alle nördlichen Distriktsräte werden zum stärksten Widerstand gegen den Vormarsch der englischen Truppen aufgefordert und sollen zu diesem Zweck die Brücken sprengen und die Eisenbahnlinien zerstören.

Nach dem „Helsingforser Hufvudstadsbladet" haben die russischen Sozialrevolutionäre von England im Ganzen 265 Millionen Rubel erhalten, von denen bereits 40 Millionen eingetroffen sind. Durch Vermittlung der Sozialrevolutionäre haben die Engländer von Archanelsk aus ein Hauptquartier der Tschecho-slowakischen Bewegung in Petersburg errichten lassen.

Englische Kriegsschiffe in Archangelsk

Stockholm, 4. Juli. Nach einer Nachricht aus Helsingfors ist der Moskauer Regierung gemeldet worden, daß in Archangelsk ein englisches Geschwader von 13 Kriegsschiffen eingetroffen ist.

Die deutschen Zerstörer bei Zeebrügge und Ostende

London, 3. Juli. (Reuter.) Unterhaus. Lord Lambert fragte, ob es richtig sei, daß deutsche Zerstörer, da Ostende und Zeebrügge gesperrt seien, am 27. Juni bei ihrem Entkommen die holländische Neutralität verletzt hätten, indem sie in die Schelde einfuhren. Mac Namara erwiderte: Davon ist nichts bekannt, und es wird auch nicht angenommen, daß sich ein solcher Zwischenfall ereignet hat. Lambert fragte weiter, ob Zeebrügge und Ostende für feindliche Zerstörer gesperrt seien. Mac Namara antwortete: Ich kann zu dem, was ich letzte Woche über die Einschließung der Zerstörer sagte, nichts hinzufügen. Aber wenn Lambert den Marinestabschef sprechen will, so wird dieser ihm seine Gründe sagen, warum er glaube, daß derartiges sich ereignet hat.

Die Wirkungen unseres letzten Fliegerangriffes auf Paris

Berlin, 5. Juli. Zu den Wirkungen des jüngsten Fliegerangriffes auf Paris heißt es im „B. T.": Verschiedene Pariser Blätter berichten, daß die meisten auf offener Straße verletzten Personen nicht von deutschen Bomben, sondern von den zurückfallenden Geschossen des französischen Sperrfeuers getroffen wurden.

Dichtung oder Wahrheit?

Berlin, 4. Juli. Das ukrainische Pressebureau in Lausanne hat am 1. Juli die Meldung aus Kiew gebracht, daß japanische Truppen unter dem General Kato zur Unterstützung der Tschecho-Slowaken in Wladiwostok gelandet seien, daß der Großfürst Michael Alexandrowitsch zum Zaren ernannt sei und gegen Moskau marschiere.

(Wie W. T. B. von zuständiger Stelle hört, ist diese Meldung von Anfang bis zum Ende reine Erfindung.

Uebergriffe der Bolschewiki

Washington, 3. Juli. (Reuter.) Der jetzt in Wologda befindliche Botschafter der Vereinigten Staaten meldet dem Staatsdepartement, daß die Bolschewiki die Mitglieder der archangelskischen Provinzialregierung verhaftet haben. Auch die Duma in Wologda wurde mit der Festnahme bedroht.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 4. Juli, abends. (Amtlich.) Beiderseits der Somme wurden starke englische Teilangriffe in unserem Kampfgelände zum Scheitern gebracht.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 4. Juli. Amtlich wird verlautbart:

Der Geschützkampf ist an zahlreichen Abschnitten der Südwestfront außerordentlich rege. Bei Asiago und auf dem Monte Sisemol scheiterten englische Stoßtruppunternehmen. Im Mündungsgebiet der Piave dauern die Kämpfe an.

Der Chef des Generalstabes.

Die Demission des holländischen Kabinetts

Haag, 4. Juli. (Korr.-Bureau.) Das Ministerium hat mit der Begründung, daß mit den Neuwahlen die Zeit, für die es als außerparlamentarisches Kabinett die Geschäfte übernommen hat, abgelaufen ist, die Königin um seine Entlassung gebeten.

Wahlergebnis in Holland.

Amsterdam, 4. Juli. „Allgemeen Handelsblad" zufolge ist bis heute früh ¾5 Uhr das Ergebnis von 1 170 000 Stimmen bekannt. Darnach wurden gewählt: Sechs liberale Unionisten, drei Freiliberale, sechs Christlich-historische, vier Antirevolutionäre, 31 Katholiken, fünf freisinnige Demokraten, 22 Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, drei Vertreter des Wirtschaftsbundes, ein Vertreter der Mittelstandspartei, drei Vertreter der sozialdemokratischen Partei. Die Gesamtzahl der bisher gewählten Abgeordneten beträgt 92.

Allgemeiner Protest gegen die Börsensteuer

Berlin, 4. Juli. Auf Antrag des Berliner Börsenvorstandes hat die Handelskammer zu Berlin die Vorstände sämtlicher deutscher Wertpapierbörsen zu einer Versammlung zur Stellungnahme zu den Beschlüssen des Hauptausschusses des Reichstages über die Reichsstempelabgabe (Börsensteuer) auf Sonnabend, den 6. Juni, nachmittags 2 Uhr, eingeladen.

München, 4. Juli. Die Münchener Börsenvorstandschaft hat im Verein mit der Bayerischen Bankvereinigung, der Münchener Bankiervereinigung, dem Landesverband bayerischer Privatbankfirmen und dem Münchener Handelsverein telegraphisch beim Reichstag Protest gegen die vom Hauptausschuß des Reichstages beschlossene Erhöhung des Aktienumsatzstempels eingelegt.

Leipzig, 4. Juli. Der Vorstand der Leipziger Fondsbörse nahm heute gegen den Beschluß des Hauptausschusses des Reichstages, den Aktien-Umsatzstempel betreffend, Stellung und präzisierte seinen Standpunkt in einer ausführlichen Eingabe an den Reichstag, nachdem schon vorher telegraphisch Widerspruch gegen die Gesetzesvorlage erhoben worden war.

In ähnlichem Sinne hat auch bereits die Leipziger Bank- und Bankier-Vereinigung Schritte in dieser Sache unternommen.

Hamburg, 4. Juli. Die Besucher der Hamburger Wertpapierbörse haben den Beschluß gefaßt, das Wertpapiergeschäft bis einschließlich Sonnabend dieser Woche ruhen zu lassen, um zu zeigen, wie ernst sie die Verhandlungen für das Weiterbestehen der Effektenbörsen Deutschlands betrachten.

Bremen, 4. Juli. Die am Effektenhandel beteiligten Banken und Bankgeschäfte in Bremen, sowie die Mitglieder des Effektenmaklervereins haben beschlossen, Protest einzulegen gegen die drohende Erhöhung des Aktienumsatzstempels. Der Bremer Wertpapierbörsenverkehr wird auch heute ruhen.

Bulgarischer Heeresbericht

Sofia, 2. Juli. Heeresbericht vom 2. Juli: Mazedonische Front: Am Westufer des Ochridasees in der Gegend von Bitolia und auf einem Teil bei Dobrovolje Feuertätigkeit, die teilweise ziemlich heftig war. Trotz der Wachsamkeit des Feindes drangen unsere Sturmabteilungen in die feindlichen Gräben westlich Altschak Mahle und südöstlich Doiran und kehrten nach erbittertem Handgemenge mit griechischen und englischen Gefangenen heim. Nahe der Strumamündung verstärkte sich die feindliche Artillerietätigkeit von Zeit zu Zeit.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 4. Juli.

Haus und Tribünen sind stark besetzt.

Am Ministertische Dr. Friedberg, Herr.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 2,20 Uhr und teilte mit, daß Sultan Mohammed V. gestorben ist.

Von den Mitgliedern des Hauses ist Dr. Lamparski (Pole) gestorben.

Das Haus hatte sich von den Plätzen erhoben.

Erster Gegenstand der Tagesordnung war die fünfte Beratung der Wahlrechtsvorlage.

Abg. Ströbel (Unabh. Soz.): In Preußen herrscht die Reaktion, die das gleiche Wahlrecht hohnlachend ablehnt. Das gleiche Wahlrecht, bepackt mit all den Sicherungen, die von der Mehrheit beschlossen sind, ist keinen Pfifferling wert. Das Parlament wird dadurch zum Scheinparlament herabgewürdigt.

Abg. Hue (Soz.): Wir erwarten, daß die Regierung ohne Verzug zur Auflösung des Hauses schreitet. Wir fordern das gleiche Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes unter Beseitigung aller Vorrechte.

Hiermit schloß die Aussprache.

Auf Antrag des Abg. Porsch (Zentr.) wurde über die Gesetzentwürfe en bloc abgestimmt.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhause wurde mit großer Mehrheit angenommen, dagegen stimmten einige Zentrumsabgeordnete, ein Teil der Nationalliberalen, die Fortschrittler, Sozialdemokraten, Polen und Dänen.

Der Abg. Hoffmann rief: „Das ist der Dank des Vaterlandes."

Mit der gleichen Mehrheit wurden hierauf die Gesetzentwürfe über die Zusammensetzung der Ersten Kammer und das Verfassungsgesetz sowie die drei Gesetzentwürfe in der Gesamtabstimmung angenommen.

Abg. Hoffmann rief: „Auflösen!"

Hierauf wurde die Aussprache über den Antrag Hess (Zentr.) betr. die Ablieferung von getragenen Kleidungsstücken fortgesetzt.

Abg. Leinert (Soz.): Die Anzüge müssen beschafft werden, sonst steht im Winter die Arbeit still. Wenn die Zwangsabgabe erforderlich wird, dann muß sie durch die Reichsbekleidungsstelle für das ganze Reich angeordnet werden. Gerade weil der Krieg solange dauert, ist der Appell an die Opferwilligkeit der Begüterten berechtigt.

Abg. Wenke (Fortschr. Vpt.): Die Bestandsaufnahme muß sich nicht nur auf die Anzüge, sondern auch auf die vorhandenen Tuchstoffe erstrecken.

Abg. Krause-Waldenburg (Freikons.): Auch den landwirtschaftlichen Arbeitern muß die erforderliche Kleidung geschafft werden.

Abg. Paul Hoffmann (Soz.) begründete den Antrag seiner Partei, wonach bei einer eventuellen zwangsweisen Kleiderablieferung diejenigen Personen befreit werden sollen, deren Jahreseinkommen unter 7000 Mark beträgt.

Abg. Conrad (Kons.): Auch meine Freunde treten für die Beschaffung von Kleidern für die Arbeiter ein. Ich verwahre mich also gegen die Behauptung, daß wir uns vor die Kleiderschränke der Besitzenden stellen.

Ein Vertreter der Reichsbekleidungsstelle: Die Klagen darüber, daß der Unterschied zwischen den beim Einkauf gezahlten und beim Verkauf verlangten Preisen zu hoch ist, hat sich als unbegründet erwiesen. Die Zusicherung, daß derjenige, der freiwillig einen Anzug abgibt, von einer späteren Zwangsabgabe befreit sein soll, wird loyal innegehalten werden. Ich wiederhole, daß von einer zwangsweisen Abgabe und von einer Beschlagnahme nicht die Rede ist. Freilich kann ich für spätere Notwendigkeiten keine bindenden Erklärungen abgeben. Ich bin von der Kriegsrohstoffgesellschaft ermächtigt, zu erklären, daß es in nicht ferner Zeit gelingen wird, durch Gewinn von Ersatzstoffen die dringenden Bedürfnisse nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern auch für die Übergangszeit sicher zu stellen (Beifall.)

Abg. Dr. Heß (Zentr.) begründete einen Zusatzantrag zu seinem Hauptantrag, wonach die Ausführung der Verordnung über die Abgabe von Kleidern so lange ausgesetzt werden soll, bis den Kommunalverbänden den Gesichtspunkten des Hauptantrages entsprechende Grundsätze über die Sammlung von der Reichsbekleidungsstelle an die Hand gegeben sind.

Die Besprechung schloß.

Der Antrag Heß wurde angenommen mit seinem Zusatzantrag. Ferner ein weiterer Zusatzantrag Adler (Kons.),

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191807051-16/fragment/page=0001

vonach Kleidungsstücke auf die Kleiderabgabe angerechnet werden, sobald die Bescheinigung der zuständigen Stelle beigebracht wird, daß der Empfangende zu den Personen gehört, die für die Belieferung mit Kleidungsstücken in Frage kommen und die Brauchbarkeit des Kleidungsstückes von der zuständigen Stelle anerkannt wird.

Hierauf stimmte das Haus dem Antrag des Staatsministeriums auf Vertagung des Landtages vom 12. Juli bis 20. September zu.

Abg. Hienewea (Kons.) begründete einen Antrag, in dem die Staatsregierung ersucht wird, dahin zu wirken, daß auch den Schuhmachermeistern, die vor dem Kriege ein Schuhwarengeschäft besaßen, aber nicht den vom Schuhwaren-Hauptverteilungsausschuß in Berlin festgesetzten Mindest-Jahresumsatz von 3000 Mark erzielten, in Zukunft nach den bestehenden Verteilungsmaßregeln Schuhwaren geliefert werden.

Ein Vertreter der Reichsstelle für Schuhversorgung: Die Schuhwaren, die dem Handel zugeführt werden, werden in bestimmter Weise verteilt. Jeder Händler bekommt vier Prozent seines Friedensbezuges und zwar soweit es sich um Straßenschuhwerk handelt, dazu noch ein Prozent anderen Schuhwerkes.

Der Antrag Lienewea wurde angenommen.

Hierauf wurde der Bericht der Kommission für Bevölkerungspolitik und der Bericht der Geschäftsordnungskommission auf Verdeutschung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses ohne Erörterung erledigt.

Das Haus vertagte sich.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz erbielt vom Haus die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen, und schloß die Sitzung mit folgenden Worten:

Ich wünsche Ihnen recht gründliche Erholung in der verhältnismäßig kurzen Zeit der Vertagung nach der angestrengten Arbeit der letzten Zeit. Ich wünsche ferner ein frohes Wiedersehen im Herbst und hoffe, daß wir dann dem Ziel eines siegreichen Friedens ein bedeutendes Stück näher gekommen sein werden.

Schluß 3/4 6 Uhr.

Der Fall Berens im preußischen Abgeordnetenhaus.

Wie der amtliche Bericht über die Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 21. Juni erkennen läßt, sind in unserer Berichterstattung über die Äußerungen des Abgeordneten Fuhrmann und des Ministers der öffentlichen Arbeit Dr. von Breitenbach zum Falle Berens Ungenauigkeiten unterlaufen. Unser Bericht ließ den Abg. Fuhrmann sagen, daß der Vorsitzende des Lokomotivführer-Verbandes Herr Berens, behördlicherseits genötigt worden sei sein Amt niederzulegen, weil er eine Schrift veröffentlicht habe, die Ungehöriges enthielt. Tatsächlich hat aber der Abg. Fuhrmann als den Verfasser dieser Schrift den Tatsachen entsprechend, den Schriftleiter der Deutschen Eisenbahner-Zeitung, einen Herrn Kresse, genannt und der Verbandsvorsitzende Herr Berens ist auch nicht wegen der Urheberschaft an dieser Schrift zum Rücktritt gezwungen worden, sondern weil er dem Ersuchen nicht nachgekommen war, dahin zu wirken, daß entweder der Verlag der Eisenbahner-Zeitung seine Beziehungen zu dem Schriftleiter Kresse löse, oder aber der Lokomotivführer-Verband seine Beziehungen zu dem Verlag.

Dieser Sachlage entsprechend hat auch Seine Exzellenz, der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten nicht von Herrn Berens als dem Verfasser einer Schmähschrift gesprochen. Er hat auch nicht gesagt, daß der Vorsitzende des Lokomotivführer-Verbandes die Beamtenschaft dauernd in Unruhe gehalten habe. Er hat vielmehr lediglich gegenüber der Forderung nach einem Disziplinarverfahren ausgeführt, ein Disziplinarverfahren erfordere viele Monate und in der drängenden Kriegsnot sei es nicht zu ertragen gewesen, daß ein großer Verband lediglich in Folge eines schuldhaften Verhaltens seines Vorsitzenden in Unruhe und Erregung erhalten werde.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 4. Juli 1918.

Am Bundesratstisch: von Payer, Wallraf.

Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Der Präsident gedachte des Ablens des Sultans Mohammed V. (Das Haus erhob sich.) Ein Regent von staatsmännischer Klugheit und großem Pflichtgefühl, der bestrebt war, die Monarchie auf sicheren Boden zu stellen, ist mit ihm dahingeschieden. Die Beziehungen des Deutschen Reiches zur Türkei sind ausgestaltet worden und aus freundschaftlicher Sympathie wirtschaftlich, politisch und militärisch in feste Formen hineingewachsen. In treuer Waffenbrüderschaft hat sich der Sultan im Weltkriege den Dank des deutschen Volkes erworben. Ich habe dem türkischen Botschafter die Teilnahme des deutschen Volkes und seiner Vertretung ausgesprochen. Ich schlage Ihnen vor, an das osmanische Abgeordnetenhaus ein Beileidstelegramm abzusenden. Sie haben diese Kundgebung gebilligt. Ich stelle dies fest.

Die dritte Lesung des Etats in Verbindung mit der zweiten Lesung des Friedensvertrages mit Rumänien wurde fortgesetzt.

Oberst von Transeci: Das Kriegsministerium hat es stets als Ehrenpflicht angesehen, den Kameraden, die das Unglück hatten, in Kriegsgefangenschaft zu geraten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Seite zu stehen. Nach den Erzählungen der Zurückgekehrten ist eine gewisse Beunruhigung unter der Bevölkerung und den Angehörigen begreiflich. Die Fürsorge für die Kriegsgefangenen können diese selbst nicht übersehen. Der Postverkehr nach Rumänien dauerte 5—6 Monate. Daher kamen auch die Nachrichten über die Greueltaten so spät hierher. Sofort haben wir uns an Schweden und die Schweiz gewandt, eine Besichtigung der Lager gefordert, auf Abstellung der Mißstände gedrungen und bei der rumänischen Regierung Protest eingelegt. Die Stimmung der Kriegsgefangenen in der Moldau war ausgezeichnet und bewunderungswürdig. Für den Abtransport unserer Kriegsgefangenen in Frankreich geschieht alles Erforderliche. Wir haben stets ein offenes Ohr und warmes Herz für unsere Kriegsgefangenen. Schnelle und starke Hilfe wird überall gebracht, wo es not tut. Auch vor den härtesten Maßnahmen werden wir nicht zurückschrecken.

Abg. Noske (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion wird den Verträgen zustimmen, wenn sie auch weit davon [illegible] sind, ideale Verträge darzustellen. Es darf nicht [illegible] werden, wie leichtfertig sich Rumänien in den Krieg und wie ein Leichenfledderer auf Österreich und uns gestürzt hat. Ein Dynastiewechsel würde uns nichts genutzt haben. Die wirtschaftlichen Abmachungen stellen einen Schutz für unser Volk gegen den Aushungerungsversuch dar.

Abg. Gothein (Fortschr. Vpt.): Der Wert des Petroleumabkommens ist noch nicht zu übersehen. Schließlich wird Deutschland sein Petroleum doch hauptsächlich aus Amerika beziehen. Das Eingreifen Deutschlands zu Gunsten der rumänischen Juden war eine Notwendigkeit. Die Verhältnisse der Juden in Rußland waren dagegen noch glänzend zu nennen. Wir hoffen, daß dieser Friedensvertrag zu einem wirklichen Frieden führe. Rumänien mag erkennen, daß es sich in die Nesseln gesetzt hat und sich uns näher anschließen muß.

Abg. Alpers (D. Frkt.): Die Interessen der deutschen Kolonisten in Rußland und Rumänien müssen berücksichtigt werden. Es würde uns freuen, wenn Rumänien aus freiem Entschluß sich dem Bündnis der Mittelmächte anschließen würde.

Abg. Dr. Cohn-Nordhausen (Unabh. Soz.): Wir lehnen die Verträge ab. Die rumänischen Juden waren und bleiben rechtlos. Das Recht der Juden wird gegen Petroleum und Eisenbahnen verschachert. Dieser Friedensvertrag ist nicht ein Akt der Notwehr, sondern ein verhüllter oder auch unverhüllter Raub. Präsident Fehrenbach bittet den Redner, sich zu mäßigen.) Unsere auswärtige Politik wird tatsächlich von der Obersten Heeresleitung gemacht. Die Macht des Auswärtigen Amts geht nicht soweit, daß es den Vormarsch in unumstrittenes russisches Gebiet verhindern könnte. Die Krim und Sebastopol gehören nicht zur Ukraine. Selbst die Rossische Zeitung propagiert den Gedanken, uns die Rohstoffquellen des Ostens zu sichern, so Turkestan als Baumwollfieranten. (Zuruf: Sehr verständig!)

Staatssekretär Dr. v. Kühlmann: Der Vorredner hat aus der Tatsache, daß der Leiter unserer Nachrichtenabteilung früher der Armee angehört hat, gefolgert, wir seien von der Armee umstellt, und hat versucht, anzudeuten, als bedinge seine frühere Angehörigkeit zur Armee, daß er jetzt nicht mit voller Einsetzung seiner ganzen Kräfte und Gaben für uns tätig sei. Dem muß ich mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Die Fragen, die der Vorredner wegen der Besetzung der Krim und Sebastopols, sowie wegen der Behandlung der Beute, angeschnitten hat, bilden, wie dem Vorredner vielleicht bekannt ist, augenblicklich den Gegenstand eines Gedankenaustausches mit der Ratsregierung in Moskau, deren vertrauliches einleitendes Stadium bereits hinter uns liegt. Ich hoffe, demnächst zu Verhandlungen auf breiterer Basis zu gelangen. Aus der Tatsache, daß wir auch die Demarkationslinie verhandeln, kann der Vorredner ohne weiteres ersehen, daß bei allen deutschen Faktoren der Wille besteht, diese Fragen friedlich schiedlich zu regeln. (Zurufe bei den Soz. — Präsident Fehrenbach: Ich glaube, der Abg. Cohn hat lange genug gesprochen; jetzt können Sie den Staatssekretär auch reden lassen. — Heitere Zustimmung.) Was seine Bemerkungen über den Weltkrieg und über die Schuld am Weltkrieg betrifft, so kann ich dem Vorredner sagen, daß ich dies für eine historische Frage halte und daß meine Überzeugung auch auf historischer Grundlage beruht. Gerade Mitteilungen, welche mir russische Herren, die ihren Parteiansichten nach dem Vorredner sehr nahe stehen, gemacht haben, und ihre Überzeugungen haben sehr wesentlich dazu beigetragen, meine Überzeugung in dieser Richtung zu bilden. Was den Feldzug nach Indien betrifft, so bedaure ich, dem Vorredner sagen zu müssen, daß, so glänzende Aussichten er unserer Fleischversorgung dadurch eröffnen zu können glaubt, der indische Feldzug keinen Teil unserer amtlichen Politik bildet. (Heiterkeit.)

Damit schloß die Aussprache über die Friedensverträge. Diese wurden in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokratie angenommen.

Der Etat des Auswärtigen wurde bewilligt.

Es folgte der Etat des Innern.

Abg. Haehnle (Fortschr. Vpt.) trat für die Förderung der Auslandsdeutschen ein.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Die Behauptung, daß es bei uns keine politische Zensur gibt, findet in täglichen Vorkommnissen ihre Widerlegung.

Staatssekretär Wallraf: Dem Deutschtum im Auslande lassen wir jede Förderung zuteil werden. Das Auslandsschulwesen gehört aber zum Auswärtigen Amt und das Deutsche Auslandsmuseum in Stuttgart zum Reichswirtschaftsamt. Ich werde diese Wünsche weitergeben. Über die Handhabung der Zensur hat sich jüngst ein bekannter Sozialist dahin geäußert, daß, wenn ein französischer Genosse sich so frei äußern würde, wie es hier der Fall ist, er überhaupt nicht aus dem Gefängnis herauskommen würde. (Zuruf: Wer hat es gesagt?)

Der Etat des Inneren wurde bewilligt.

Beim Etat des Reichswirtschaftsamts beschwerte sich

Abg. Dr. Bell (Ztr.), daß die Generalkommandos sich in die Angelegenheiten der Mieteinigungsämter einmischen. Bei der Beschlagnahme der Türklinken und Fenstergriffe muß voller Ersatz geleistet werden. Der Beschlagnahme in Privathäusern muß die in öffentlichen Gebäuden und die Einschmelzung unkünstlerischer Denkmäler vorangehen.

Abg. Dr. Riesser (Natl.): Die Nordseebäder müssen unbedingt entschädigt werden. Die neue Textilverordnung ist eine Probe aufs Exempel für die Übergangswirtschaft. Es wird auch da wieder viel zu viel organisiert. Dabei geht der freie Handel aber zugrunde.

Geheimrat von Simson: Die Textilverordnung ist nur eine Rahmen-Verordnung. Es ist feinesweg gesagt, daß alle vorgesehenen Organisationen auch wirklich ins Leben treten. Das Schema braucht nicht auf andere Branchen übertragen zu werden.

Abg. Dr. Arendt (D. Frkt.): Wir müssen sobald als möglich aus der Zwangswirtschaft herauskommen.

Oberstleutnant Koeth: Dem ersten Teil der vorgelegten Resolution betr. den Türklinkenersatz, der verlangt, daß zunächst die öffentlichen Gebäude herangenommen werden sollen, wird entsprochen werden. Bei der nächsten Tagung wird der Reichstag auch schon sein Metall hergegeben haben. Bei Einschmelzung der Denkmäler würden doch große Gefühlswerte vernichtet. Die heftigen Angriffe der Hausbesitzer wegen der Beschlagnahme der Türklinken sind nicht berechtigt. Sie kommen nicht zu kurz.

Abg. Dr. Junck (Natl.): Die Textilverordnung soll auch für die Friedenszeit berechnet sein. Das liegt nicht im Sinne des Ermächtigungsgesetzes.

Geheimrat von Simson: Die Geltungsdauer des Ermächtigungsgesetzes mag strittig sein. Die Textilverordnung ist aber erst nach Anhörung der zuständigen Stellen erlassen worden.

Abg. Dr. Dove (Fortschr. Vpt.): Es hätten auch die Ausschüsse des Reichstags gehört werden sollen. Die Grenzen des Ermächtigungsgesetzes müssen genau beachtet werden.

Abg. Noske (Soz.): Ein verändertes Ermächtigungsgesetz für die Übergangszeit wäre wohl zu empfehlen.

Der Etat des Reichswirtschaftsamts wurde bewilligt.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag 2 Uhr vertagt. Außerdem Anfragen.

Schluß 8½ Uhr.

Kein Freibrief für Schandmäuler

Trotz aller auseinandergehenden Ansichten im einzelnen ist in Deutschland die Einigkeit in den großen Zielen in diesem Weltkriege größer, als mancher Fernstehende und selbst mancher Deutsche meint. Gegenüber gemeinen Brutalitäten, wie der barbarischen Art, mit der die Rumänen den größten Teil der in ihre Hände gefallenen deutschen Soldaten durch Hunger und sonstige Quälereien hingemordet haben, besteht im ganzen deutschen Volke keine Meinungsverschiedenheit, und selbst der Sprecher der Unabhängigen Sozialdemokraten, Herr Ledebour, erklärte sich, wie der „Vorwärts" betont, bei der Besprechung des Friedensschlusses mit Rumänien durchaus damit einverstanden, daß die an jenen tragischen Vorkommnissen Schuldigen zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden. Wie im alten römischen Reiche jeder, der sich darauf berufen konnte, römischer Bürger zu sein, vor Willkür und Gewalttätigkeit gesichert war, so sollte in Zukunft auch die Zugehörigkeit zum Volke der Deutschen ein ähnlicher Schutz gegenüber Mißachtung und Vergewaltigung der Welt werden.

Zurzeit allerdings sind wir von diesem Ziele noch weit entfernt, und nicht nur bei den mit uns im Kriege stehenden Staaten, sondern auch bei den Neutralen wagen noch immer üble Gehässigkeit oder feile Käuflichkeit den deutschen Namen in den Staub zu ziehen und dem deutschen Ansehen durch die gewissenlose Verbreitung bewußt erlogener Dinge schweren Schaden zuzufügen. Es reicht nicht aus, wenn wir die Abrechnung nur dem deutschen Stolze für die Zeit nach dem siegreich beendeten Kriege überlassen, in der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk trotz seiner oft bedauerlichen Gutmütigkeit diese feilen und feigen Verunglimpfungen, wie sie z. B. gerade Norwegen und Holland sich herausnehmen, nicht vergessen wird, vielmehr muß schon beim Friedensschluß dafür Sorge getragen werden, daß dieses Strauchrittertum bei unseren Feinden wie bei den Neutralen in ausreichender Weise für sein Treiben verantwortlich gemacht wird. Große Gegensätze unter den Völkern können auch auf dem Wege des Krieges anders ausgefochten werden, als durch ein System von Verlogenheit und Gemeinheit, das geschaffen und zu hoher Vollendung geführt zu haben der traurige Ruhm entarteten englischen Geistes ist. Da aber diesen verächtlichen Elementen gegenüber auf einem anderen Wege nichts zu erreichen ist und vor allem jeder Appell an ihre anständige Gesinnung und Ehrenhaftigkeit von vornherein versagt, so bleibt nichts anderes übrig, als beim Friedensschluß grundsätzlich Schadenersatzansprüche geltend zu machen — nicht etwa für irgendeinen Makel, der von derartigen verächtlichen Gesellen der deutschen Ehre, die dafür viel zu hoch steht, angetan sei, sondern für die tatsächlichen Nachteile, die diese verleumderische und unbegründete Nachrede uns in der Welt gebracht hat. Man wird erwarten dürfen, daß über diese üblen Elemente bei den mit der Vorbereitung der Schadenersatzansprüche für den Frieden betrauten Stellen genau so scharf Buch geführt worden ist wie über die feindlichen Maßnahmen zur Schädigung des deutschen Auslandsbesitzes von feindlicher Seite, zumal diese verächtlichen Schandmäuler, die im Horte der Neutralen geglaubt haben, uns aus dem sicheren Hinterhalte, ohne etwas zu wagen, verunglimpfen zu dürfen, am wenigsten Mitleid oder Rücksicht verdienen. Das gilt auch ganz besonders von Nordamerika, wo diese Sippe unter dem Zepter des von heuchlerischer Menschen- und Friedensliebe triefenden Präsidenten Wilson ganz besonders gedeiht. Daß Schadenersatzansprüche auf diesem Gebiete sehr wohl mit Erfolg durchgeführt werden können, sieht man ganz besonders bei den Angelsachsen, die diese Methode nicht nur auf dem Gebiete des Liebeslebens, z. B. bei gebrochenen Eheversprechen, bis zur Virtuosität ausgebildet, sondern sie auch in das Völkerrecht eingeführt haben. Das beweist gerade der Alabamafall, den Nordamerika auf Grund dieses Prinzips des Schadenersatzes mit großem Geschick dem ihm jetzt verbündeten und befreundeten England gegenüber benutzt hat, um sich ein erkleckliches, hoch in die Millionen gehendes Sümmchen, für nachweisbar angerichtete Schädigungen zahlen zu lassen. Daß diese Schädigungen im Alabamafall nicht auf üble Nachrede, sondern auf andere neutralitätswidrige Handlungen zurückgeführt wurden, ändert an dem Grundsatze der Schadenersatzforderung nichts.

Rumänische Finanzreform

Bukarest, 4. Juli. Das Blatt „Luminea" kündigt die Auflegung einer 5prozentigen inneren Anleihe von unbeschränkter Höhe zum Kurse von 85 an. Angesichts der besonders in der Moldau vorhandenen reichen flüssigen Geldmittel wird ein Ergebnis von annähernd einer Milliarde erwartet.

Das Bukarester Regierungsblatt „Steagul" kündigt an, daß der rumänische Staat genötigt sein wird, zur Deckung der gesteigerten Bedürfnisse die Einnahmen, über die er vor zwei Jahren verfügte, zu verdoppeln. Der künftige rumänische Staatshaushalt wird über eine Milliarde betragen. Das Rückgrat der kommenden Finanzreform wird eine progressive Einkommensteuer sein. Auch die übrigen, früher sehr gering bemessenen direkten Steuern werden bedeutend erhöht.

Uebersiedelung des rumänischen Königshofes

Bukarest, 4. Juli. Der rumänische Königshof wird demnächst die Sommerresidenz beziehen, da, wie das Regierungsblatt „Steagul" betont, über alle Punkte der allgemeinen Politik zwischen Krone und Regierung Uebereinstimmung erzielt wurde.

Angespülte Minen

Amsterdam, 3. Juli. Wie die Niederländische Telegraphenagentur aus Nos (Ameland) meldet, wurden am Nordstrand wiederum 30 Minen angespült.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191807051-16/fragment/page=0002

Schwächen des Parlaments

In dem Streit zwischen „Schwert und Feder" bei uns in Deutschland ist eine wichtige Frage die, wie weit die Einmischung einer Parlamentskontrolle in die Kriegführung, in die Maßnahmen des militärischen Oberbefehls angebracht ist. Es gibt ja auch bei uns berufene und unberufene Parteiführer, die ihren Ehrgeiz, um es milde zu beurteilen, darein setzen, der Heeresleitung Vorschriften machen zu wollen, was sie tun solle oder was sie nicht dürfe. All diesen Parlamentsweisen sagt der Schweizer Hans R. Biengräber beherzigenswerte Wahrheiten in einem Aufsatz über Schwächen des parlamentarischen Systems, den die „Germania" zum Abdruck bringt, vermutlich weil er sich mit den Zuständen in Frankreich befaßt. Was da ausgeführt wird, paßt aber so genau auf die Verhältnisse in unserem Reichstag, daß man fast annehmen könnte, der kluge Züricher habe mit heimlicher Bosheit auf den Sack geschlagen, während er die Ücken darunter habe treffen wollen. Man lese nur die folgenden Wendungen:

„In den ersten Kriegsjahren haben die kompetenten Persönlichkeiten des Parlaments und der Regierung immer derartig zusammengearbeitet, wie es für das Land nötig war. Mitten im Gang der militärischen Operationen erhob man in Paris sein Veto, mischte sich damit in die Befugnisse des Oberkommandos ein, kurz, man mußte im Parlament eigentlich nicht, wie weit die parlamentarische Kontrolle gehen solle." Das wird weiter ausgeführt, und dann heißt es: „Der Kriegsminister sagte bei seiner Antrittsrede kurz und bündig, daß er Soldat sei und niemals Politik getrieben habe. Das war zugleich eine Antwort auf die zahlreichen Mißbräuche, die von vielen Parlamentsmitgliedern mit ihren Rechten zur Aufklärung getrieben wurden. Das „Journal des Debats" schrieb damals, daß die verantwortlichen Minister vor lauter Auskünften, Besprechungen und Konferenzen mit Parlamentsmitgliedern kaum zur ruhigen Ueberlegung kämen. Es ist erklärlich, daß solche Rechte der Volksvertreter vielfach dem Volke indirekt wieder zum Nachteil sein können, weil die Minister in der Hochflut der Nebensächlichkeiten das Hauptsächliche vergessen." Der Schweizer kommt denn auch zu folgenden Schlüssen: „Der bekannte Radikale Abel Ferry sagte mit gewissem Recht, daß ein Heerführer, der heute eine Armee führe, die viermal so groß als die Napoleons sei, sich nicht eine ständige Kontrolle gefallen lassen könne." — Das gilt für das demokratische Frankreich. Und in Deutschland? Verlangen nicht allen Kriegserfahrungen zum Trotz, die Mehrheitsparteien des Reichstags in verschämter und die Unabhängigen Sozialisten sogar in recht wenig verschämter Weise, daß wir bei uns die Heeresleitung vom Parlamentarismus und seinen so offensichtlichen Schwächen abhängig machen sollen? Wie planmäßig auf diese Ziele hingearbeitet wird, beweisen am deutlichsten Aeußerungen Erzbergers aus dem Jahre 1913. Schon damals erklärte er in einer Schrift: „Auch im Deutschen Reiche wird der politische Kampf der nächsten Jahrzehnte sich um die Macht des Parlaments drehen", und an anderer Stelle: „Das parlamentarische Regime wird trotz aller Bedenken und Schattenseiten doch die Zukunft für sich haben". — Wenn es nach dem Willen dieser politischen Gernegroße weitergeht, allerdings; solche Rechte des Parlaments aber würden nach dem Urteil des durch Schaden klug gewordenen französischen Blattes „vielfach dem Volke indirekt wieder zum Nachteil sein können".

Der Konvoi ist noch nicht abgereist

Haag, 4. Juli. (Korr.-Bureau.) Der Konvoi hat auf Befehl der Regierung noch nicht die Ausreise angetreten.

Haag, 4. Juli. Wie das Korr.-Bureau erfährt, ist die Ausreise des Konvois vorläufig wieder aufgeschoben worden, da in elfter Stunde sich neue Schwierigkeiten ergeben haben, über die jetzt Besprechungen geführt werden.

*

Amsterdam, 4. Juli. Die Niederländische Telegraphenagentur erfährt, daß der Convoi morgen um 3 Uhr früh abgehen wird.

Der Kühlmann-Prozeß

Die Oeffentlichkeit ausgeschlossen.

Berlin, 4. Juli. Heute vormittag begann vor der 7. Strafkammer in Moabit der Prozeß des Staatssekretärs v. Kühlmann gegen den verantwortl. Redakteur der „Deutschen Zeitung", Dr. Lohmann und den Redakteur der Alldeutschen Blätter", Dr. Dumke. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Westermann, fragte die Beklagten, ob die Möglichkeit bestünde, die Sache durch eine loyale Erklärung aus der Welt zu schaffen. Angeklagter Dr. Lohmann antwortete: Uns liegt nichts daran, hier vor dem feindlichen Ausland schmutzige Wäsche zu waschen. Der politische Effekt aber des von mir zu verantwortenden Artikels geht dahin, Herrn v. Kühlmann als politischen Schädling zu beseitigen. Wenn ich die sichere Gewähr habe, daß Herr v. Kühlmann in absehbarer Zeit zurücktritt, so bin ich gerne bereit, dem Privatmann v. Kühlmann eine Erklärung abzugeben. Der Angeklagte Dr. Dumke schließt sich diesen Ausführungen an. Vorsitzender: Dann dürfte der Versuch gescheitert sein. Hierauf beschließt der Gerichtshof den Ausschluß der Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlungen. Es wird nur ein Vertreter des Reichskanzlers zugelassen.

Berlin, 4. Juli. Von Seiten der Angeklagten wurde ein zwei umfangreiche Schriften umfassender Beweisantrag gestellt. Das Gericht beschloß deshalb, die Verhandlung zu vertagen und zu den neu anzuberaumenden Verhandlungsterminen außer den zu heute geladenen Personen eine Reihe weiterer Zeugen zu laden. Der ebenfalls als Zeuge neugenannte frühere rumänische Ministerpräsident Carp dürfte kommissarisch vernommen werden.

Polen und Oesterreich

Es ist nicht zuviel gesagt, daß die Zukunft des Verhältnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland auf der Lösung der polnischen Frage beruht. Seitdem an dem verhängnisvollen Wintertage des Jahres 1916 das versunkene polnische Reich wieder aufgerichtet wurde, ist man nicht weiter gekommen. Weder seine Grenzen noch sein Verhältnis zu den Mittelmächten steht fest. Nur die Verfassungsfrage ist insofern geregelt, als Polen wieder ein Königreich werden soll.

Mit großer Beharrlichkeit erhält sich nun die Auffassung, daß die „austro-polnische Lösung" uns am besten aus allen Schwierigkeiten herausbringen würde. Der Kaiser von Oesterreich bereint mit der ungarischen Königskrone auch die polnische, und als Morgengabe bringt er seinem neuen Reiche Galizien mit und bereint so wieder Warschau und Krakau unter demselben Zepter. Falls damit die Abgeordneten Galiziens aus dem Wiener Reichsrat ausscheiden, steigt dort der Einfluß der Deutschen, und dies lockende Bild hat unter ihnen der „austro-polnischen Lösung" viele Freunde erworben. Aber ob dieser Erfolg von Dauer sein dürfte? Das neue Polen wird aus seiner Deutschfeindlichkeit kein Hehl machen, es wird weder auf seine alte Hauptstadt Gnesen noch auf den Hafen von Danzig verzichten, es wird die Politik der Hofburg in diesem Sinne bearbeiten und es wird mächtige Unterstützung finden an Tschechen und Südslawen. Die Tschechen haben mit Genugtuung erfahren, daß auch der krasseste Hochverrat die eigentümliche Wertschätzung, deren sich die tschechische Nation stets an der einflußreichsten Stelle in Wien zu erfreuen hatte, nicht zu vermindern vermag. Und im Süden schließen sich Serben, Kroaten und auch Slowenen zu einem Bund zusammen und stehen den Tschechen in der fanatisch-einseitigen Pflege ihrer nationalen Interessen bald nicht mehr nach. Sind Tschechen und Serben jetzt Feinde des österreichischen Staates, so kann sich das Bild ändern, wenn sie durch den starken Rückhalt, den sie an Polen finden und durch die unvermeidliche Uneinigkeit der Deutschen begünstigt, erst Oesterreich und seine Politik beherrschen. Daß dann diese Politik ihre Spitze gegen Deutschland richten und überall Bündnisse suchen wird, kann nicht bezweifelt werden. Ist Oesterreich ein slawischer Staat, so ist es auch mit der ungarischen Selbständigkeit aus. Das hat man dort auch eingesehen und seine Staatsmänner stehen der austro-polnischen Lösung zurückhaltend gegenüber.

Wenn nun der dauernde Zusammenschluß Polens und Oesterreichs uns in Deutschland keineswegs die Gewißheit der jetzigen ausgezeichneten Beziehungen verbürgt, so müssen wir nicht minder auf der Hut sein, wenn Polen ganz selbständig unter einer eigenen Dynastie werden sollte. Die Schwäche unserer Ostgrenze ist durch diesen Krieg auch dem Blödesten klar geworden, es ist eine nie wiederkehrende Gelegenheit, sie zu verbessern. Auf Einzelheiten einzugehen, ist keine Zeit, aber Verwahrung müssen wir schon einlegen gegen die kurzsichtigen Parteipolitiker, die auch hier nur von Annexionismus zu reden wissen.

Provinz Sachsen und Umgebung

— **Sennewitz,** 4. Juli. (Auszeichnung.) Dem Gemeindevorsteher O. Rößler ist das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen worden.

t. **Merseburg,** 3. Juli. (In der heutigen Sitzung des Jugendpfleger-Lehrganges) sprach Seminaroberlehrer Hempricht über Jugendpsychologie. Er ging auf den Gegensatz zwischen Jugendpflege und Jugendbewegung ein und zeigte, wie die Jugend nach Führern verlangt, an die sie glaubt und die sie versteht. In der Jugendpflege gelte es: Erziehung durch andere und Selbsterziehung innerhalb der Jugendarbeit. Superintendent Professor Kühling behandelte die Lebensstufe. Er zeigte in psychologischer Weise, wie die Jugend für eine sittlich-religiöse Lebensauffassung wiederzugewinnen ist, und gab am Schlusse ein anschauliches praktisches Beispiel. Den dritten Vortrag hielt Gymnasialoberlehrer Dr. Taube über die Geschichte Merseburgs auf urkundlicher Grundlage. Es folgte eine Besichtigung des Domes.

e. **Bernburg,** 3. Juli. (Abschiedsfeier.) Im Sitzungssaale des Kreistages fand eine schlichte Abschiedsfeier für den nach etwa vier Jahrzehnte langer Tätigkeit aus dem Amte geschiedenen Chefarzt des Kreiskrankenhauses, Geheimen Sanitätsrat Dr. Hagemann, statt. Dazu hatte die Mitglieder des Kreisausschusses und der Kreiskrankenhausdeputation, die Assistenzärzte, sowie die dienstfreien Schwestern und Angestellten des Kreiskrankenhauses eingefunden. Kreisdirektor Dr. Knorr richtete an Geheimrat Hagemann eine Ansprache, in der er dem Dank des Kreises Ausdruck gab für die großen Verdienste, die der Scheidende sich in seiner langjährigen vorbildlichen Tätigkeit erworben habe. Er überreichte ihm namens des Kreisausschusses ein Geschenk und machte ihm Mitteilung von einem Beschluß des Kreistages über die Bewilligung eines Ruhegehaltes. Geheimrat Hagemann dankte für die ihm erwiesenen Ehrungen in einer längeren Ansprache, in der er einen Ueberblick über die Entwickelung des Kreiskrankenhauses aus bescheidenen Verhältnissen zu seinem jetzigen Zustande und zugleich dem Danke Ausdruck gab für die wertvolle Unterstützung, die er jederzeit beim Kreisausschuß für alle seine Bestrebungen erfahren habe. — Der neue Chefarzt des Kreiskrankenhauses, Dr. Pflugradt aus Quedlinburg, dem zugleich die geschäftliche Verwaltung der Anstalt übertragen wurde, hat sein Amt bereits am 1. Juni angetreten.

— **Quedlinburg,** 4. Juli. (Denkmalseinweihung.) Hier fand auf dem Zentralfriedhofe die Einweihung des Denkmals für die im Lager Quedlinburg verstorbenen Kriegsgefangenen statt. Das Denkmal zeigt ein von Säulen geschmacvoll umrahmtes Kopfbild in Lebensgröße. Ein Sterbender wird von einem Kameraden geschützt, dessen rechter Arm nach rückwärts weist, wo gleichsam als Fata Morgana das Heimatdorf herüberwinkt. Eine weitere Figur hat trauernd das Haupt in den Händen verhüllt. Das Denkmal ist das Werk des im hiesigen Lager anwesenden französischen Bildhauers Potrier aus Saint-Denis, der bereits in Gardelegen ein ähnliches Grabmal geschaffen hat. Der gesamte Bau ist von französischen Kriegsgefangenen unter Leitung des Architekten Seigneur vollendet worden. Die Kosten haben die Gefangenen aufgebracht. Die Einweihung vollzog sich in Gegenwart von Vertretern der militärischen und städtischen Behörden.

— **Naumburg,** 3. Juli. (Lindenblütengewinnung aus den städtischen Anlagen.) Um den Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, sich für die Wintermonate mit dem wohlschmeckenden Lindenblütentee zu versehen, werden Erlaubnisscheine zum Pflücken von Lindenblüten an den Straßenbäumen und in den städtischen Anlagen ausgegeben. Das Pflücken der Blüten geschieht unter Aufsicht und nach Anweisung des Stadtgärtners. Erlaubnisscheine, gültig für einen Tag, können zum Preise von 50 Pf., Erlaubnisscheine, gültig für eine Woche, zum Preise von 3 M. in der Stadthauptkasse in Empfang genommen werden.

— **Bretterode,** 4. Juli. (Ein vorgeschichtlicher Fund) wurde hier gemacht. Vor dem Gehege fand man eine durchbohrte Steinaxt. Nach Mitteilungen eines Sachverständigen stammt die Art aus der jüngeren Steinzeit, die etwa bis zum Jahre 2000 v. Chr. zurückreicht. Sie ist ein Beweis, daß schon um diese Zeit Menschen bei Bretterode ansässig waren.

— **Zeitz,** 4. Juli. (Der Gipfel der Diebstahlfrechheit.) Im Dorfe Tröglitz bei Rehmsdorf wurde dem Gutsbesitzer Bergk seine Wintergerste auf dem Halme gestohlen. Ueber Nacht hatten sich Diebe darüber hergemacht und die Gerste gemäht. Am Morgen war das Feld geräumt.

W. **Sömmerda,** 4. Juli. (500 Mark Belohnung.) Durch Einbruch sind nachts bei der Firma Dreyse & Collenburg fünf Treibriemen gestohlen worden. Für die Ermittelung der Täter haben die Bestohlenen eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Nachdruck verboten.

Da oben in Pommern

34] Roman von Horst Bodemer

Es lag an den Worten, die sie mit einer energischen Handbewegung in die Unterhaltung kurz, zumeilen spöttisch, warf. Es lag an den schmalen Nüstern, der ganzen biegsamen rassischen Gestalt. Die war Edelwild! Und gerade das verstand er zu jagen, gerade das gab ihm Spaß! Aber der Vater! Der war ganz sicher ein rücksichtsloser Patron! Der drückte nicht anderthalb Augen zu, sondern paßte auf, wie ein Schießhund! Und wenn es zum Aeußersten kam, ging der dem Skandal nicht aus dem Wege oder schickte ihm eine Forderung. Der zog einfach den Revolver aus der Hosentasche und sagte: entweder — oder! . . . Und für solche Menschen hatte Sigismund Kraft etwas übrig! Für Menschen, die den Kantschu in der Hand, über die Erde ritten und in den Dreck treten, was ihnen in den Weg kam! Und Geld war auch drüben in Klissen, wenn ers auch gerade nicht notwendig brauchte. Fehlte den Leutchen bloß der Adel! Na, alles fand man eben nie im Leben beieinander! Und wie Sigismund Kraft nun einmal war. Als er sich das alles hatte durch den Kopf gehen lassen, war er „die kühle Hundeschnauze" geworden, hatte die Achseln gezuckt und sich gesagt: „Das Mädel werd' ich heiraten!" Und daß der Alex Breitfeldt mit ihm um die hübsche Dorothee konkurrierte, war ihm gerade recht! Den auszustechen, war kein Kunststück! Einen leichten Sieg wollte er nicht einheimsen, der hätte ihm keinen Spaß gegeben! Lediglich deshalb hatte er die letzten Wochen Klissen gemieden. Denn daß ihn Herr Meisenbach so kühl-höflich verabschiedet, rührte ihn weiter nicht! Aber der schüchterne Alex schien nicht vom Flecke zu kommen, trotzdem ihm der dicke Mellenow nach Möglichkeit den Weg glatt schaufelte. Und bei dem Gedanken an Breitfeldts Schwager hatten sich immer seine Lippen zu einem höhnischen Grinsen verzogen . . . .

Der Pfarrer mit seinem Niederknien war ihm heute auf die Nerven gefallen, an einem Menschen mußte Kraft seine Wut auslassen und da war der Alex Breitfeldt das geeignete Objekt. —

Als er sich in den Wagen setzte, rief er dem Kutscher zu:

„Nach Breitfeldt, was die Schinder hergeben!"

Zwanzigstes Kapitel.

Alex Breitfeldt hatte den Sonntag vormittag benutzt, um seine Bücher in Ordnung zu bringen und Briefe zu schreiben. Bis zu allerletzt schob er seinen Herzensgruß an Mellenow auf. Es wurde keine lange Epistel, das lag ihm nicht, — und dann, neues gab's ja nicht viel zu berichten. Seine Feder flog schnell über das Papier.

Liebes Dickerchen!

Der Roggen steht in Puppen, bis Mittwoch soll er nachreifen, dann wird mit dem Einfahren begonnen. Und wenn der Himmel ein Einsehen hat, gibt's ein schönes Erntefest!

Bei Meisenbachs war ich erst gestern wieder. Dorothee geht einer endgiltigen Aussprache beharrlich aus dem Wege, macht mir aber ziemlich deutlich die schönsten Hoffnungen! Ich kann's ihr nicht verdenken, sie verlangt einen Freier in aller Form. Denke ja nicht, daß ich übertrieben schüchtern bin, ich wär's vielleicht, wenn mir das Herz nicht übervoll wäre. Aber ich hab' sie aufrichtig lieb und muß auch sagen: ihre Eltern gefallen mir besser von Tag zu Tag.

Mit den Nachbarn sonst bin ich in der letzten Zeit gar nicht zusammengekommen, vermeide auch, zu den Märkten nach Bublitz und Pollnow zu fahren, der Nederei weger, und dann kann die paar Schweine mein Inspektor auch ebenso gut verkaufen wie ich.

Kraft war noch nicht bei mir, wie die Dinge liegen, ist mir das nur angenehm, ich hätte zu leiden unter seiner spitzen Kunze.

Grüße Grete und die Kinder schön und du hab Geduld mit deinem getreuen Alexi.

„So!" erleichtert atmete Breitfeldt auf, nun war er auch den Brief los! Er schrieb die Adresse, steckte den großen, mit dem Wappen geschmückten Bogen in den Umschlag und legte den Brief auf den stattlichen Haufen, den dann der Diener zur Post tragen sollte.

Breitfeldt sah nach der Uhr. Zwei Stunden hatte er noch Zeit zum Mittagessen, er hatte es heute erst für drei Uhr bestellt, weil er geglaubt, länger mit der Erledigung seiner schriftlichen Geschäfte zu tun zu haben. Er reckte die Arme zur Seite und griff nach der Zeitung. In den letzten Tagen hatte er die Lektüre recht vernachlässigt. Zuerst sah er nach den Marktberichten. Natürlich, die Roggenpreise fielen rapid! Kein Wunder! In Süd- und Mitteldeutschland war die Ernte längst geborgen. Viele Landwirte mußten verkaufen, weil sie Zahlungen zu leisten hatten, die bisher gestundet worden waren. Und der erste Oktober stand vor der Tür! Da meldeten sich die Hypothekengläubiger! . . . Wer's so gut hatte, wie Herr Meisenbach! Der legte einfach seine Ernte auf den Boden und wartete bis zum Frühjahr, bis die Preise wieder anzogen! War doch jedes Jahr dieselbe Geschichte! Na ja, in der Welt regelte sich eben alles nach Angebot und Nachfrage!

Da preschten wie ein Donnerwetter die Kraftschen Jucker durchs Hoftor. Alle Wetter, der Kutscher verstand seine Sache! In elegantem Bogen fuhr er vor der Freitreppe vor, mit kurzem Ruck standen die Pferde.

Kraft sprang aus dem Wagen. Nahm drei Stufen mit einem Male und klopfte an Breitfeldts Arbeitszimmer, bevor der Diener zur Stelle war. Auf ein: Herein! wartete der Graf nicht erst. Kräftig drückte er die Klinke herab, stand im Zimmer und lachte.

„Tag auch, Alex! Komm schneller zu dir, wie der Teufel, wenn er durch die Feuerreise fährt!"

Breitfeldt war ihm entgegengegangen und schüttelte ihm die Hand. Ganz konnte er seine Verlegenheit nicht verbergen. Kraft tat, als bemerkte er das nicht. Er sah sich im Zimmer um.

„Hm . . . noch genau so alles, wie damals! Die grünen Vorhänge, der alte, große Schreibtisch, das Lenbachsche Bismarckbild, bloß ein paar Rehstangen hängen mehr an den Wänden! . . . . Selbst die abgesprungene Ecke am Bücherschrank ist noch nicht wieder angeleimt! Ich muß sagen! Alex, hochkonservativ!"

„Spott doch nicht gleich und nimm Platz!"

Aergerlich lachend hatte es Breitfeldt gesagt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191807051-16/fragment/page=0003

Aus Halle und Umgebung

Halle, 5. Juli.

Die künftigen Kleidersorgen

Es sind hauptsächlich zwei Fragen und Sorgen, die in der Bevölkerung Beunruhigung wegen der künftigen Durchführung der Kleiderversorgung haben entstehen lassen. Die Hauptfrage ist, wie wir mit den vorhandenen Beständen, da der Bezug von Rohstoffen aus dem Auslande so gut wie unmöglich ist, bis zum Ende des Krieges auskommen und womöglich noch während eines jahrelangen Wirtschaftskrieges durchhalten sollen. Die weitere Frage ist, inwieweit dazu die im Privatbesitz befindlichen Kleiderbestände erfaßt werden müssen.

In einem dieser Tage im Berliner Rathause gehaltenen Vortrag hat der Leiter der Reichsbekleidungsstelle, der Reichskommissar für bürgerliche Kleidung, Geheimrat Dr. Beutler, beide Fragen so beantwortet, daß die Hoffnung unserer Feinde, die wachsenden Schwierigkeiten der Kleiderbeschaffung würden unerträglich werden und uns schließlich zum Frieden zwingen müssen, hinfällig erscheinen muß. Redner versicherte, daß wir in der Lage sein würden, da noch während des laufenden Jahres brauchbare Ersatzstoffe für Oberkleidung und Wäsche an die Verbraucher gebracht werden könnten, auch bei noch so langer Dauer des Krieges die früher eingeführten Rohstoffe zu entbehren und sogar einen Wirtschaftskrieg, wenn man einen solchen später gegen uns noch führen wolle, zu gewinnen und durchzuhalten. Ein Eingriff in die privaten Kleiderbestände werde in Zukunft sich vermeiden lassen, bis auf eine Ausnahme: Eine allgemeine, aber vollständig freiwillige Sammlung von Kleidern für die Armeen, bei der Demobilisierung zur Entlassung kommenden Soldaten werde sich nicht umgehen lassen. Hierfür seien schon jetzt erhebliche Mengen getragener Uniformen umgearbeitet und auch neue Stoffe bereitgestellt worden. Ferner sollten die Kommunalverbände den dritten Teil aller abgelieferten getragenen Männeranzüge für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Weitere Mengen würden durch Verwendung des Reingewinns der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft und durch die Ueberweisung einer erheblichen Summe seitens des Reichsschatzamtes zur Verfügung stehen. Der Rest müßte allerdings durch die Zivilbevölkerung aufgebracht werden, aber auch das werde möglich sein, ohne Zwangsmaßregeln, lediglich durch freiwillige Lieferungen.

Für die freiwillige Kleidergabe verspricht sich die Reichsbekleidungsstelle die notwendigen Ergebnisse von der Androhung der Bestandaufnahme für den Fall ungenügender Ablieferung. Ein allgemeiner zwangsweiser Eingriff in die Privatkleidungsteile soll jetzt und in Zukunft tunlichst vermieden werden, da zahlreiche und erhebliche Bedenken dagegen sprechen. Mit den Kommunalverbänden, die nach Ablauf einer angemessenen Frist die geforderte Zahl von Anzügen nicht aufgebracht haben, wird die Reichsbekleidungsstelle behufs Ergänzung des Sammelwerks verhandeln und Sorge tragen, daß Maßnahmen getroffen werden, um die Säumigen an die Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht zu erinnern.

Soweit die Ausführungen des Reichskommissars. Man wird abwarten müssen, ob die Verhältnisse nicht stärker sein werden als in diesen Dingen dunkler Sicht als der Reichskommissar, so kann man ihr das warm nachfühlen; auch sie hat ihre eigenen als die Absichten der Reichsbekleidungsstelle. Wenn die Bevölkerung praktischen Erfahrungen.

— **Militärisches.** Befördert wurden zu Hauptleuten: Rittmeister v. Versen im Kür.-Regt. 7, jetzt bei der Ers.-Eskadron dies. Regts. — zum Major: Oberleutnant Weith des Landw.-Trains 2. Aufgeb. (Bitterfeld) zum Rittmeister, Oberleutnant der Ref. Rehder (Stendal) des Eisenbahn-Regts. 2; zu Oberleutnants: Leutnant der Ref. Jensing (Naumburg a. S.) des Infant.-Regts. 15, Leutnant der Ref. Melsheimer des Jäger-Bataillons. 4 (früher 2., Trier), Leutnant der Ref. Hetzel des Infant.-Regts. 52 (Naumburg a. S.), Leutnants der Ref. Graf v. d. Schulenburg und v. Koseritz, Fähnriche im Kür.-Regt. 7 (Magdeburg) zu Leutnants, vorl. ohne Patent; zu Leutnants der Reserve: Vizefeldwebel Sommermeyer (Magdeburg), Fähnrich Fischer im Infant.-Regt. 72 — vorl. ohne Patent, die Unteroffiziere Stieber und Bock im dens. Regt. — zu Fähnrichen, Vizefeldwebel Giebler (Halle a. S.) im selb. Regt., Vizemachtmeister Hildmann (Weimar) im Feldart.-Regt. 1, — diesem Regiments, Vizefeldwebel Meinhard (Burg) im Inf.-Regt. 26, Herbert Lange (Halle a. S.) und Kob (Gotha), der Infanterie, Böhm (Gotha), der Landw.-Infant. 1. Aufgeb., Reiher (Erfurt), der Landw.-Infart. 2. Aufgeb., Vizewachtmeister Hubrig (Burg) der Landw.-Feldart. 1. Aufgeb., Stietzel (Magdeburg) der Landw.-Feldart. 2. Aufgeb., Vizefeldwebel Dreyer (Sangerhausen) und Hildebrandt (Torgau), der Flieger-Truppe, Eichler (Gotha), Döffinger u. Gustav Lehmann (Meiningen), der Luftschiffer-Truppe, Vizefeldw. Laue (Halle a. S.) des Eisenbahn-Regts. 1, Stein (Eisenach), des Eisenbahn-Regts. 4, Vizefeldw. Reich (Burg), der Infant., Binthus (Sondershausen), der Pioniere, Grafen (Erfurt), der Infant., Jüngling (Meiningen), Frentag (Weimar), ebenso, Eichholz (Sangerhausen) u. Weigel (Hildesheim), der Pioniere, Vizewachtmeister Keßler (Eisenach), Fricke (Aschersleben) in ihren Regimentern, Wagenschein (Halberstadt), der Feldart., Vizefeldwebel Trapp (Magdeburg), der Fußart.; — Im Sanitätskorps: zu Feldhilfsärzten: die nicht approbierten Unterärzte (Feldunterärzte): Adolf Coßmann (Halle a. S.), Erich Dannehl (Halle a. S.), Robert Gollmer (Magdeburg), Christoph Albrecht (Neuhaldensleben) und Paul Köhler (Stendal). — Nachgenannte Notabiturienten der Haupt-Kadettenanstalt sind als Fähnriche in der Armee angestellt und zunächst den betreffenden Ersatztruppenteilen überwiesen: Haeusler im Magdeb. Infant.-Regt. 66, Heße im Infant.-Regt. 136, Klüber im Waren-Regt. 16 und Weber im Telegraphen-Bataillon. 4. — dem Leutnant Sauerteig (Meiningen) ist der Abschied mit der gesetzl. Pension u. d. Erlaubnis zum Tragen der Landw.-U.-Uniform bewilligt; zu Zeugleutnants, vorl. ohne Patent: die Zeugfeldwebel Hupf b. d. Depot-Insp., unter Verf. z. Art.-Dep. in Magdeburg, Neben-Art.-Dep. in Halle a. S., Heym b. d. 1. Art.-Depot-Dir., unter Versetzung z. Art.-Depot in Erfurt, Neben-Art.-Dep. in Naumburg a. S., Seils b. d. Insp. der Technischen Institute d. J., unter Verl. zur Gewehr-Fabrik in Erfurt.

— Die Metallablieferung. Durch die Nichtbeachtung der Beschlagnahme-Verfügung des Generalkommandos vom 26. März 1918 betr. Ablieferung von Einrichtungsgegenständen, sieht sich der Magistrat veranlaßt, die Metall-Sammelstelle (Turnhalle am Roßplatz) vom 8. d. M. an bis auf weiteres zu schließen und den Ablieferungsterminen der vorbezeichneten Verfügung betroffenen Personen besondere Ablieferungstermine vorzuschreiben. Die bezüglichen Aufforderungen werden in Kürze durch die Brotmarkenausgabestellen zur Aushändigung gelangen. Wer noch Dachkupfer bzw. Blitzableiterdraht abzuliefern hat, hat den Tag der Ablieferung vorher in unserem Büro, Rathausstraße 6, II, Zimmer 125, anzugeben. Platin ist nicht mehr in der Goldankaufstelle, sondern in unserem Büro abzuliefern. Vor der Ablieferung ist dieses Metall behufs Prüfung und Gewichtsfeststellung der Firma Eisäßer, Kleinschmieden 4, nur in den Nachmittagsstunden vorzulegen. Gleichzeitig weist der Magistrat darauf hin, daß die Geldentschädigungen für Platin seinerseits nur unter Vorbehalt gezahlt werden können, und der Ablieferer verpflichtet ist, für die bei der Nachprüfung des Metalls durch die Kriegsmetall-Aktien-Gesellschaft festgestellten Differenzen aufzukommen bzw. den zuviel erhaltenen Betrag zurückzuzahlen.

— Die Anstellung von Schulpflegerinnen. Wie in einigen anderen Städten, z. B. in Charlottenburg und Nürnberg, sollen auch in Halle Schulpflegerinnen zur Ergänzung der sozialen Hilfstätigkeit der Lehrerschaft und zur Ausübung des Kinderschutzes angestellt werden. Die Schulpflegerin soll die Vermittlerin zwischen Schule, Schularzt, Elternhaus und alle Einrichtungen bilden, die sich mit Kinderfürsorge befassen; sie hat alle Fürsorge für bedürftige, kranke, vernachlässigte, verwahrlose oder minderbegabte Volksschulkinder möglichst wirksam zu gestalten. Nach Möglichkeit hat sie auch die schulentlassene Jugend in die Jugendpflegestätten hinüberzuführen. Die Schulpflegerin hat in engster Verbindung mit den in Betracht kommenden staatlichen Behörden, mit dem Vormundschaftsgerichte, mit der städtischen Armenverwaltung, mit der Waisenpflege, den Vereinen für Jugendfürsorge und Kinderschutz zu bleiben, um stets deren Mithilfe in Anspruch nehmen zu können und von ihnen wieder jeden Fall von Kindernot gemeldet zu haben. Sie hat regelmäßig Sprechstunden abzuhalten und sich durch Hausbesuche und Erkundigungen über die häuslichen Verhältnisse der Kinder zu unterrichten und zu entscheiden, ob Fürsorgemaßnahmen im einzelnen Fall notwendig sind. Auch soll sie die guten Beziehungen zwischen Schule und Elternhaus, die für eine ersprießliche Erziehung der Schulkinder durchaus erforderlich sind, vermitteln und pflegen. In den Orten, in denen bereits Schulpflegerinnen angestellt sind, hat sich die Einrichtung bewährt.

— Obstbaum-Sachverständiger. Es wird hierdurch von der Polizeiverwaltung wiederholt zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Gärtnereibesitzer Herr August Spindler, Gneisenaustraße 12 part., hierselbst, zum Obstbaum-Sachverständigen für den Stadtkreis Halle bestellt worden ist. Die Obstbaumvereine, Besitzer und Pächter von Obstanlagen und Gärten werden zugleich darauf aufmerksam gemacht, daß bei der von ihnen vorzunehmenden Reinigung der Obst- usw. Bäume Herr Spindler über die Art und Weise der Entfernung und Verbrennung des schädlichen Ungeziefers, insbesondere auch der Blutlaus, Auskunft geben wird und den Beteiligten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen bereit ist.

— Warnung für Fuhrwerke. Im verflossenen Jahre sind wiederum zahlreiche Unfälle durch Ueberfahren von Fuhrwerken auf unbewachten Bahnübergängen herbeigeführt worden. Es wird deshalb von der Polizeiverwaltung den Geschirrführern die größte Vorsicht beim Befahren von unbewachten Uebergängen zur Pflicht gemacht. Gleichzeitig werden sie darauf hingewiesen, daß sie durch Unachtsamkeit nicht nur ihr eigenes Leben gefährden, sondern auch durch fahrlässige Gefährdung des Eisenbahnbetriebes sich einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen.

— Die „Gabelsberger" und die „Einheitsstenographie". Die am 29. und 30. Juni in Leipzig versammelten Vertreter von Verbänden im Deutschen Stenographenbund Gabelsberger gehen, ohne der Stellungnahme ihrer Verbände und des Gabelsbergerschen Bundestages vorgreifen zu wollen, über den jetzigen Stand der Deutschen Einheitsstenographie-Bewegung durch folgende Entschließung Ausdruck: „Das Gabelsbergersche System hat sich seit Jahrzehnten in einer ganzen Reihe von Staaten bewährt und ist dort bereits zum Einheitssystem geworden. Durch seine Einführung in sämtliche Staaten würde daher die Vereinheitlichung im ganzen Deutschen Reich und Oesterreich am einfachsten herbeigeführt werden. Sollte die Einführung des Gabelsbergerschen Systems in den Staaten, die es noch nicht eingeführt haben, auf unüberwindliche Widerstände stoßen, so erwartet die Versammlung zur Erlangung der unbedingten erforderlichen Einheitlichkeit der Stenographie eine Verständigung auf Grund des Entwurfes der beiden größten Stenographieschulen. Der Entwurf der kleinen Stenographieschulen lehnt die Versammlung einstimmig ab. Sie erwartet von den Regierungen, daß sie alles einsetzen, die Einheit der Stenographie nicht scheitern zu lassen."

— Einen Waldgottesdienst gedenkt die Ev. Stadtmission bei günstiger Witterung am nächsten Sonntag um 4½ Uhr in der Nähe des „Waldkaters" zu halten. Pastor Winterberg und Stadtmissionar Deubel werden Ansprachen halten und der Posaunen- und Gemischte Chor den musikalischen Teil übernehmen. — Abends um 8½ Uhr findet eine Evangelisationsversammlung im Stadtmissionshause, Weidenplan 4, statt, wobei Pastor Winterberg über: „Gottes Führung" sprechen wird.

Kunst und Wissenschaft

Rücktritt des Direktors des Wiener Hofburgtheaters

Wien, 4. Juli. Dem „Neuen Wiener Tageblatt" zufolge ist der Rücktritt des Direktors des Hofburgtheaters, Millenkowich, angenommen worden.

*

— „Baltische Illustrierte Zeitung" ist eine neue illustrierte Halbmonatsschrift betitelt, die seit kurzem im Verlag Löffler, Riga, erscheint und sich die Aufgabe gesetzt hat, auf dem Wege bildlicher Darstellung das Verständnis für die Eigenart der baltischen Provinzen und ihrer Bevölkerung zu verbreiten, aber anderseits auch in den baltischen Gebieten das Interesse für deutsche Art zu vertiefen. Die kürzlich erschienene zweite Julinummer der in großem Format und in Kupfertiefdruck hergestellten Zeitschrift mit Bildern und Unterschriften in drei Landessprachen (deutsch, lettisch, estnisch), ist inhaltlich völlig der Livland-Estland-Ausstellung gewidmet und gibt in 60 Bildern eine fesselnde Uebersicht über die verschiedensten Gebiete der Ausstellung.

Vermischtes

— Fernsprechschwierigkeiten durch die Grippe in Leipzig. Nach einer Mitteilung der Kaiserlichen Oberpostdirektion in Leipzig ist beim dortigen Fernsprechamt ein beträchtlicher Teil des Personals an Grippe erkrankt. Der Fernsprechbetrieb kann nur unter großen Schwierigkeiten aufrechterhalten werden. Verzögerungen sind unvermeidlich.

— Schweres Bootsunglück. Bei einer Kahnfahrt auf dem Tonnborfer See im Kreise Zinnentranken sieben Personen. Der Kahn war überlastet gewesen und ist gesunken.

— Sechs Personen vom Blitz getötet. Im Dorfe Kornnica, Gemeinde Sobkow, in Galizien wurden die Wittsfrau Fert und deren fünf Kinder vom Blitz getötet. Das Wohnhaus wurde gänzlich eingeäschert.

— 160 000 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer in Beuthen verurteilte den Maler Moses Poch, dessen Schwester Rosa Poch, den Buchhalter Berysch Derbach und den Malergehilfen Joseph Sal (sämtlich aus Sosnowice in Polen), wegen versuchter Ausfuhr von gemünztem Golde aus Deutschland zu insgesamt 160 000 Mark Geldstrafe.

— Aufklärung eines großen Goldwarendiebstahls. Der Berliner Kriminalpolizei gelang die Aufklärung eines großen Goldwaren-Einbruchs in Stettin. Die gesamte Beute im Werte von 65 000 M. wurde beschlagnahmt und mehrere Mitglieder der Bande verhaftet, während drei noch flüchtig sind.

— Ein geschichtlich wertvolles Gebäude vernichtet. In Bärndorf im Riesengebirge brannte das Haus des im Felde stehenden Bildhauers Joachim Wichmann vollständig nieder. Das Gebäude war eines der schönsten und ältesten Denkmäler der schlesischen Holzarchitektur. Im Innern befanden sich wertvolle Altertümer.

— Eine moderne Amazone. In Köln wurde ein Mädchen in feldgrauer Uniform in Gefangenschaft genommen. Es stammt aus Rothenburg an der Tauber und soll in seine Heimat auf dem Zwangswege zurückgeliefert werden, denn es zeigt keine Lust, freiwillig diesen Weg zu gehen. Die feische Frankin war wohluniformiert heimlich mit nach Frankreich ausgerückt, um gegen den Erbfeind zu streiten. Als aber die Militärverwaltung die Tatsache entdeckte, waren für die Jungfrau mit der Lust, Soldat zu sein, zu Ende. Die streitbare Maid will aber recht bald wieder „ausrücken"!

— Die größte Orgel der Welt. Ein Leser schreibt zu unserer Notiz in Nr. 335 unseres Blattes: Die größte Orgel der Welt ist die der Jahrhunderthalle in Breslau, die die Michaelisorgel zu Hamburg noch um 24 klingende Stimmen übertrifft. Während die Hamburger Orgel 12 173 Pfeifen in sich vereinigt, hat die Breslauer 15 188. Die Orgelbaufirma C. F. Walcker in Ludwigsburg erbaute die Michaelisorgel nach den Vorschlägen der Herren Professor Spengel, Organist Meder und Organist Sittard. Die Breslauer Orgel ging hervor aus der Werkstatt von W. Sauer-Frankfurt a. Oder (Inhaber P. Walcker). Die Disposition hat Prof. K. Straube entworfen. Die Größenverhältnisse der Riesenpfeifen, 55 cm Durchmesser und 11,38 m Länge sind nicht nur für die obengenannten Orgeln charakteristisch. Diese betreffenden Register finden sich in weit kleineren Werken, wie wir sie in unserer Provinz in einer ganzen Reihe von Orgeln finden (in Halle in keiner). In der Breslauer Orgel (erbaut 1913) findet sich ein bis dahin noch nirgends erprobtes System elektrischer Traktur und zwar „die direktwirkende, funkenlose, reineelektrische Orgeltraktur D. R.-G.-M. Nr. 260 579."

Börsen- und Handelsteil

Börsenstimmungsbild

Berlin, 4. Juli. Infolge der andauernden Zurückhaltung der freien Makler und der Mehrzahl der Bankiers kann von den bisher üppigen Geschäftsverkehr an der Börse nicht mehr die Rede sein. Die von auswärts vorliegenden Kaufaufträge — diese überwiegen bei weitem die Verkaufsaufträge — wurden von den amtlichen Kursmaklern ausgeführt, und da die Kulisse infolge ihrer Enthaltung vom Geschäft zum Ausgleich durch Hergabe von Ware nicht mitwirkte, ergaben sich zumeist Kurserhöhungen. Diese waren für Schiffahrts- und Montanwerte ziemlich beträchtlich, geringer für Rüstungspapiere. Bei ganz belanglosen Umsätzen ergaben sich bei den wenigen notierten Kursen auch weiterhin keine wesentlichen Veränderungen. Während der Börsenzeit fanden inoffizielle Beratungen zwischen den freien Maklern und Bankiers über zu ergreifende Maßnahmen statt.

Produktenbericht

Berlin, 4. Juli. Die Berichte besagen, daß die Frühgetreideernte in allen südlichen Teilen des Reiches bereits begonnen und in Niederbayern der Frühdrusch eingesetzt hat. Die ersten Waggons Wintergerste sind in sehr guter Beschaffenheit zur Verwaltung in süddeutschen Mühlen bereitgestellt. Im hiesigen Verkehr hat sich nichts nennenswertes ereignet. Das Geschäft blieb ziemlich still. Die Nachfrage für Klee und Grassämereien seitens der Verbraucher sowohl als auch der Händler hält an, doch ist die Ware ziemlich knapp. Gemüsepflanzen finden immer noch regeren Umsatz. Angeboten, jedoch ohne besondere Kauflust sind Kohlrübenpflanzen. Im Futtermittelhandel fand noch einiges Geschäft in Heidekraut statt. Weter: Bedeckt.

Abtrennung von Dividendenscheinen

Es sind zu trennen am 4. Juli: Handelsgesellschaft für Grundbesitz 0 Div.; Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt 25 Prog. Div.

---

* Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank). Wie von der Verwaltung mitgeteilt wird, scheidet Herr Geheimrat v. Klitzing mit dem Jahresschluß aus dem Vorstand der Bank aus, um in den Aufsichtsrat überzutreten, zu dessen Vorsitzenden er auserseben ist. — In der Aufsichtsratssitzung wurden Herr Karl Gossen in Berlin zum Abteilungsdirektor und Herr Edmund Grunewald in Berlin zum Prokuristen bei der Zentrale ernannt. Herr Kurt Kaestner, bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Nationalbank für Deutschland, tritt in die Dienste der Darmstädter Bank zurück und wird am 15. Juli in den Vorstand der Leipziger Filiale eintreten, um später die Leitung einer von der Bank in Dresden neu zu errichtenden Filiale zu übernehmen.

* Keine Erhöhung der Kohlenpreise. Wie aus Köln gemeldet wird, bleiben die Kohlenpreise für Juli-August unverändert. Auch das Rheinische Braunkohlensyndikat behält im Einklang mit den amtlichen Verfügungen die bisherigen Notierungen für Braunkohlenbriketts und Rohkohle unter dem üblichen Vorbehalt bei.

* Die Beteiligung Schwedens an der Lyoner Messe. Der „Göteborgs Handels-och Sjöfarts-Tidning" von 20. Juni 1918 berichtet ein Pariser Mitarbeiter der Zeitung über die dritte internationale Handelsmesse vom 1.—15. März 1918 in Lyon, die ein großartiger Erfolg gewesen sei. Von Schweden beteiligten sich 21 Aussteller. Um im größtmöglichen Umfange den Interessen schwedischer Firmen zu dienen, hatte die schwedische Handelskammer von Paris seinerzeit die schwedischen Häuser aufgefordert, ihr für ihre Ausstellungsstände, zwecks Verteilung an Interessenten, Kataloge, Reklamedrucksachen usw. wie Muster zuzusenden. Einige 80 Firmen hatten dieses Anerbieten benutzt und waren dadurch in gewissem Grade durch die Pariser Handelskammer vertreten, die dadurch Gelegenheit hatte, viele französische und schwedische Firmen miteinander in Verbindung zu bringen.

Die Artikel, nach denen besondere Nachfrage herrschte, waren u. a.: Werkzeuge und Werkzeugmaschinen, Holzbearbeitungsmaschinen, elektrische Maschinen und Apparate, Beleuchtungsartikel, Motoren, landwirtschaftliche Maschinen, Entzündungsmaschinen, Haushaltsartikel, Emaillewaren, Messerschmiedewaren, Eisen und Stahl, Petroleumkocher, Nahrungsmittel usw., ferner Papier und Papiermasse, Chemikalien, chirurgische Instrumente, Wurstmaschinen, Angelhaken und andere Fischereigeräte, Schweinedärme für die Wurstfabrikation usw.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Kenntnis der schwedischen Industrie und ihrer verschiedenen Erzeugnisse in französischen Geschäftskreisen ziemlich gering ist — eine natürliche Folge davon, daß die Handelsinteressen zwischen Schweden und Frankreich bisher auf beiden Seiten sehr stark vernachlässigt worden sind. Die schwedische Handelskammer in Paris sucht durch umfassende Aufklärungstätigkeit ihrerseits dazu beizutragen, schwedische Waren bekannt zu machen. Es ist zu hoffen, daß die Verhältnisse in nicht zu ferner Zukunft sich dahin ändern werden, daß schwedische Fabrikanten und Ausfuhrfirmen in weit größerem Umfang als bisher an der Lyoner Messe teilnehmen werden.

Immer mehr Länder beteiligen sich an der Lyoner Messe und auch die schwedischen Industrien sollten die Gelegenheit benutzen, die sich ihnen durch diese internationale Handelsmesse angesichts des immer schärferen Wettbewerbes zwischen der einzelnen Ländern bietet.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Feuilleton und Vermischtes i. V. Hertha Reißner; für Börsen- und Handelsteil: i. V. Dr. Hans Simon; für Oertliches, Kunst und Wissenschaft und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Hubert Wagner, sämtlich in Halle-Saale.
Bei unverlangten Einsendungen übernimmt die Schriftleitung keinerlei Gewähr für Aufbewahrung oder Rückendung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191807051-16/fragment/page=0004